

41/4.3

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

Vortrag an den Ministerrat

betreffend ECOFIN (Budget) vom 16. und 19. November 2018

Am 16.11.2018 trat der ECOFIN-BUDGET zusammen, um die anschließende Sitzung des Vermittlungsausschusses zum EU-Haushalt (EH) 2019 vorzubereiten. Die Mitgliedstaaten wiederholten dabei ihre Unterstützung für die Ratsposition. Günther Oettinger von der Europäischen Kommission (EK) forderte mehr Flexibilität um einen Kompromiss zu ermöglichen.

Zu Beginn des Vermittlungsausschusses betonte der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Europäischen Parlaments (EP), Jean Arthuis, die Prioritäten des EP für den EU-Haushalt 2019. Diese würden wie in den Vorjahren auch in den Bereichen Wachstum, Beschäftigung, Migration und Jugendbeschäftigung liegen. EP-Berichtersteller MEP Viotti betonte, dass das EP bereit für eine Einigung sei. Die EP-Forderungen seien bekannt: Mittelerhöhungen für Horizon 2020, Erasmus und COSME sowie eine Erhöhung für die Jugendbeschäftigungsinitiative (YEI).

Als Vorsitzendes des ECOFIN-BUDGET habe ich die Prioritäten des Rates und die Wichtigkeit einer realistischen Budgetierung wiederholt. KM Oettinger plädierte dafür, dass Rat und EP Bereitschaft zu zusätzlicher Flexibilität zeigen.

Die EK wurde anschließend mit der Ausarbeitung eines weiteren Kompromissvorschlags beauftragt, der nach langer Sitzungsunterbrechung jedoch nicht vorgelegt wurde, da es seitens des EP weiter Widerstände gab. Somit konnte keine Einigung auf einen Kompromisstext zum EH 2019 erzielt werden. Die Sitzung wurde daher unterbrochen, um sie am Montag den 19.11.2018 fortzusetzen.

Auch im Zuge der Wiederaufnahme des Vermittlungsausschusses am 19.11.2018, dem letzten Tag des 21-tägigen Vermittlungsverfahrens, konnte keine Einigung auf eine gemeinsame Position für den nächsten EH erzielt werden, da Rat und EP unterschiedlicher Meinung waren, in welcher Form Ausgabensteigerungen finanziert werden sollen. Daraufhin erklärte die EK, dass sie bis Ende November einen neuen Vorschlag für den EH 2019 präsentieren werde.

Wie bereits von mir im Ministerrat am 5.12.2018 berichtet, konnten Rat und EP im Rahmen eines Haushaltstrilogs am 4.12.2018 eine politische Einigung über den EH 2019 erzielen. Diese Einigung sieht für das Jahr 2019 Verpflichtungen von 165,796 Mrd. Mrd. EUR vor – dies entspricht einer Steigerung um 3,2 % gegenüber dem EH 2018. Die für den EU-Beitrag relevanten Zahlungsermächtigungen steigen um 2,4% auf 148,199 Mrd. EUR gegenüber 2018.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Dezember 2018

Der Bundesminister:
Löger